

Gastkommentar

Wir brauchen in Zukunft deutlich mehr Pflegekräfte!

Wer möchte nicht im Alter möglichst lange möglichst gesund bleiben und nicht auf fremde Hilfe angewiesen sein? Wenn dann irgendwann doch Unterstützung notwendig wird, wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu können.

Es ist keineswegs gesichert, dass dies auch für zukünftige Altersgenerationen so umsetzbar ist wie für die heutige. Die grossen Babyboomer-Jahrgänge sorgen in den nächsten Jahren für eine starke Zunahme der Anzahl älterer Menschen. Nebst den Folgen für die Rentensysteme sind es vor allem die Fragen rund um die finanziellen und personellen Ressourcen, die für die Aufrechterhaltung der Betreuungs- und Pflegequalität notwendig werden. Die Pandemie und auch die in der Schweiz anstehende Abstimmung zur Pflegeinitiative rücken aktuell vor allem die personellen Aspekte in den Vordergrund. Auch der Landtag hat im November seine aktuelle Stunde der Frage gewidmet: «Dem Pflegenotstand entgegenwirken – aber wie?».

Wenn schon heute – und das war auch vor Beginn der Pandemie so – davon die Rede ist, dass es immer schwieriger wird, Fachpersonal zu rekrutieren, wie wird sich dann die Situation in zehn, zwanzig Jahren präsentieren? Zukunft.li hat das Thema im Sommer 2019 beleuchtet (Publikation «Fachkräfte und Freiwillige – Wer pflegt und betreut uns im Alter?»). 44 % der Angestellten der LAK, der Familienhilfe Liechtenstein und der Lebenshilfe Balzers waren Ende 2018 Zupendlerinnen und Zupendler. Es ist schwer vorstellbar, dass Liechtenstein den absehbar ansteigenden Fachkräftebedarf aus eigener Kraft stemmen kann. Allerdings hat sich auf der Ausbildungsseite in den letzten Jahren auch einiges getan. Absolvierten im Schuljahr 2010/11 noch 18 Lernende aus Liechtenstein eine Lehre als Fachfrau/Fachmann Gesundheit, waren es 2019/20 schon 40 und seit 2018 rangiert die Ausbildung auf Platz vier der meistgewählten Lehrberufe. Dazu kom-

«Es ist schwer vorstellbar, dass Liechtenstein den absehbar ansteigenden Fachkräftebedarf aus eigener Kraft stemmen kann.»

Thomas Lorenz
Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li

men laut Amt für Statistik im Studienjahr 2019/20 25 Studierende an höheren Fachschulen im Pflegebereich. Dabei bietet die LAK mit Abstand den grössten Anteil an Ausbildungsplätzen an.

Liechtenstein tut gut daran, die Entwicklung im benachbarten Ausland zu verfolgen und die Konsequenzen frühzeitig zu erkennen. Das Schweizer Gesundheitsobservatorium rechnet bis 2029 mit einem zusätzlichen Bedarf von 36 500 Pflege- und Betreuungspersonen in allen Versorgungsbereichen (inkl. Spital). In Österreich geht das Wifo bis 2030 von 24 000 zusätzlichen Personen in der Altenpflege gegenüber 2016 aus. Für Liechtenstein rechnen wir auf Basis der offiziellen Bevölkerungsszenarien bis 2030 mit einem Zusatzbedarf bis zu 90 % ggü. 2016 (inkl. 24-h-Betreuung). Es geht nicht darum, mit solchen Einschätzungen eine Punktlandung zu erzielen, sondern sich die Grössenordnung bewusst zu machen, und die ist in jedem Fall beein-

druckend. Zur höheren Nachfrage gesellt sich noch die Problematik, nicht nur aus dem Beruf aussteigende Fachkräfte zu ersetzen, sondern auch die altersbedingte Fluktuation zu meistern. In Liechtenstein waren Ende 2018 44 % der Belegschaft von Pflegeheimen und Spitex 50 Jahre und älter. In der Gesamtwirtschaft lag dieser Anteil mit 31 % deutlich tiefer.

Gerade wegen dem hohen Zupendleranteil und dem limitierten inländischen Potenzial ist es zentral, dass die liechtensteinischen Arbeitgeber auf dem regionalen Arbeitsmarkt attraktiv bleiben. Mit Blick auf die Abstimmung in der Schweiz dürften sich die bisherigen Vorteile abschwächen. Die Pflegeinitiative verlangt unter anderem Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, bessere Möglichkeiten bei der beruflichen Entwicklung oder auch angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen. Die Initiative hat gute Chancen, an der Urne zu obsiegen, wenn auch die konkrete Umsetzung völlig offen ist und einen mehrjährigen politischen Prozess durchlaufen muss. Unsere Nachbarstaaten werden jedenfalls aufgrund der eigenen Personallücken gezwungen sein, in Ausbildung und Attraktivität der Pflege- und Betreuungsberufe zu investieren.

Die Regierung hat sich im Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt, Versorgungslücken in Pflege und Betreuung zu schliessen. Das können wir besonders in Bezug auf die personellen Ressourcen nur unterstützen. Ausbildungsplätze und Massnahmen, um die Fachpersonen im Beruf zu halten, werden zwei der wichtigsten Aspekte dafür sein.



Thomas Loretz
Geschäftsführer
Stiftung Zukunft.li

«Kurz gefasst»

Eher gut oder sehr gut – was will die Politik?

Will die Politik «eher gut» oder «sehr gut» sein? Diese Frage stellte kürzlich ein interessierter Umfrageteilnehmer bei der Präsentation einer Umfrage des Liechtenstein-Instituts. Auf den ersten Blick erscheint die Antwort klar: Wer die Wahl zwischen «eher gut» und «sehr gut» als Bewertung hat, wird wohl immer lieber mit einem «sehr gut» bewertet werden wollen. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht.

Ein Schlüsselbegriff der Politikwissenschaften sind Interessen. Der Begriff umschreibt die Vielfalt ökonomischer und sozialer Absichten und Forderungen, die von unterschiedlichen Gruppen und Organisationen an das politische System herangetragen werden. Interessensgegensätze bzw. der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Interessen sind dabei oft ein Treiber politischer Willensbildung. Im politischen System Liechtensteins ist es aber nur selten der Fall, dass sich Interessen unvereinbar gegenüberstehen. Stattdessen ist die politische Willensbildung geprägt von der Suche nach einem möglichst breiten Konsens. Ein Ausdruck hiervon sind die hohe Zustimmung bei Schlussabstimmungen zu Gesetzesvorlagen im Landtag oder die geringe Zahl an Referenden gegen Beschlüsse des Landtages oder auch der Gemeinderäte. Mit Blick auf eine einzelne Massnahme kann sich die Politik also bewusst mit einer lediglich «eher guten» Lösung zufriedengeben, wenn diese Bewertung im Gegenzug von möglichst vielen geteilt wird.

Die Konsenskultur der liechtensteinischen Politik spiegelt sich auch im aktuellen Regierungsprogramm wider. Als übergeordnetes Ziel für die Jahre 2021 bis 2025 nennt die Regierung, «Liechtenstein gemeinsam nachhaltig und verlässlich zu gestalten». «Nachhaltig» heisst für die Regierung dabei ganz klassisch, «dass nicht mehr Ressourcen verbraucht werden, als wiedergewonnen werden». Ganz im Sinne der Konsenskultur gilt als nachhaltig aber auch nur, «was letztlich breit abgestützt und breit akzeptiert wird». Doch ist das wirklich die richtige Voraussetzung einer erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik? Oder wird hier die eigene politische Ambition, die mit der prominenten Verankerung von Nachhaltigkeit im Regierungsprogramm einhergeht, gleich wieder relativiert?

Konsens und Kompromiss haben in der liechtensteinischen Politik eine lange Tradition und sind gerade auch vor dem Hintergrund der geringen Ressourcen wichtig für eine dauerhaft effiziente Politik. Doch nicht jeder politische Kompromiss ist auch tatsächlich eine Win-win-Lösung. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit. Denn es geht letztlich nicht nur um die bestmögliche Realisierung von Nachhaltigkeit, sondern um deren vollständige Realisierung. «Eher gut» oder «sehr gut»? Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte durchaus nach «sehr gut» gestrebt werden!



Dr. Christian Frossmelt
Direktor und Forschungsleiter Politik
am Liechtenstein-Institut

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann

